

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 12. Dezember 1968

Blatt 3621

## Gemeinderat der Stadt Wien

### Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1969,  
zur Gebührenüberprüfung  
und zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1969

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	zum Wort gemeldet			
		KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Do.12.12.	II.und General- debatte	Lauscher	Dr.Schmidt	VBgm. Dr.Drimmel	Hans Mayer
Bock Fr.13.12.	I.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dr.Bauer	Müller Hermine Fiala
Gertrude Sandner Fr.13.12.	III.	Lauscher	Peter	Dipl.Ing. DDr.Strunz Eleonora Hittl	Rösner Dr.Stemmer
Maria Jacobi Mo.16.12.	IV.	Lauscher	Dr.Hirn- schall	Ludwig Deutsch Dr.Marga Hubinek	Gawlik Maria Hlawka
Dr.Glück Mo.16.12.	V.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dipl.Ing. Blaschka Lehner	Nimmerrichter Josef Fischer DDr.Gisel
Heller Di.17.12.	VI.	Lauscher	Dr.Schmidt	Bittner Dr.Macher Dipl.Ing. Dr.Strobl	Planek Sagmeister ./.

Bericht- erstatter Amtsf.StR.	Haupt- stück	KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Dr.Drimmel Mi.18.12.	VII.	Lauscher	Dr.Schmidt	Neusser Ing.Lust	Windisch Konir
Pfoch Mi.18.12.	VIII.	Karger	Peter	Matza Dkfm. Dr.Ebert	Schreiner Stockinger
Suttner Do.19.12.	IX.	Karger	Dr.Schmidt	Leinkauf Hahn	Windisch
Dkfm. DDr.Prutscher Do.19.12.	X.	Lauscher	Peter	Jedletz- berger Walzer	Seeböck
Dkfm. Hintschig Fr.20.12.	XI.	Karger	Dr.Hirn- schall	Dr.Glatzl Dr.Habl	Nimmerrichter Paulas
Dkfm. Dr.Maria Schaumayer Fr.20.12.	XII.	Karger	Peter	Kowarsch Dr.Krasser	Nekula Busta

Musikveranstaltungen in der Woche vom 16. bis 22. Dezember

12. Dezember (RK)

Montag, 16. Dezember:

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend:  
Konzert der Mozart-Sängerknaben, Leitung Erich  
Schwarzbauer

Dienstag, 17. Dezember:

18.00 Uhr, Konservatorium Konzertsaal, Konservatorium der  
Stadt Wien: Weihnachtsfeier der Klasse Margarethe  
Biedermann

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesell-  
schaft: 3. Abend im Zyklus "Wir stellen vor";  
Klavierabend Michael Roll, London (Beethoven:  
Bagetellen op.126, Sonate f-Moll op.57 "Appassionata";  
Britten: Notturmo; Mussorgsky: "Bilder einer Aus-  
stellung")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Österreichischer Gewerk-  
schaftsbund: Voraufführung des 2. Quartett-Abends  
der GdM; Das Weller-Quartett (Mozart, Schubert,  
Dvořák - Programm siehe 18. Dezember)

Mittwoch, 18. Dezember:

16.30 Uhr, Konservatorium, Vortrag-Saal, Konservatorium  
der Stadt Wien: Weihnachtsfeier der Gesangsklassen  
Ester Rethy und Judith Hellwig

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musik-  
freunde: 2. Quartett-Abend (nachgeholt vom 27. No-  
vember); Das Weller-Quartett (Mozart: Streichquar-  
tett G-Dur KV 387; Schubert: Streichquartett D-Dur;  
Dvořák: Streichquartett Es-Dur op.51)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend  
Österreichs: 4. Konzert im Zyklus IV (Voraufführung  
des 3. Konzertes im Orgel-Zyklus der GdM); Karl  
Richter (Orgel), N.Ö.Tonkünstlerorchester, Dirigent  
Karl Richter (Händel: Orgelkonzerte op.7 Nr.I-VI)

Donnerstag, 19. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulutramt - Theater der  
Jugend: 4.Orchesterkonzert für Schüler der zweiten  
Klassen; N.Ö.Tonkünstlerorchester, Friedl Jary  
(Sprecherin), Dirigent Helmut Froschauer (Mozart:  
Ouverture zu "Der Schauspieldirektor"; Korda:  
"Die Instrumente des Orchesters"; Brahms: Ungari-  
sche Tänze Nr. 3 F-Dur und Nr. 1 G-Moll; Prokoffieff:  
"Peter und der Wolf" op.67; Joh. Strauß: Schnell-  
polka "Auf der Jagd")

Donnerstag, 19. Dezember:

- 19.30 Uhr, Funkhaus, Großer Sendesaal, Österr. Rundfunk:  
3. Chor-Orchesterkonzert im Zyklus V: G. Fr. Händel:  
Oratorium "Der Messias"; Chor und Orchester des  
österr. Rundfunks, Agnes Giebel (Sopran), Gertrude  
Jahn (Alt), Werner Krenn (Tenor), Gerd Nienstedt  
(Baß), Dirigent Miltiades Caridis
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Musikalische Jugend  
Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung  
des 4. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wr.  
Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent  
Zdeněk Košler (Lutoslawski, Mendelssohn, Prokofieff  
-Programm siehe 20. Dezember)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musik-  
freunde: 3. Konzert im Orgel-Zyklus; Karl Richter  
(Orgel), N.Ö. Tonkünstlerorchester, Dirigent  
Karl Richter (G. Fr. Händel: Orgelkonzerte op. 7  
Nr. I - VI)

Freitag, 20. Dezember:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulturamt - Theater der  
Jugend: 5. Orchesterkonzert für Schüler der zweiten  
Klassen; N.Ö. Tonkünstlerorchester, Friedl Jary  
(Sprecherin), Dirigent Helmut Froschauer (Mozart,  
Korda, Brahms, Prokofieff, Joh. Strauß - Programm  
siehe 19. Dezember)
- 18.00 Uhr, Konservatorium, Konzert-Saal, Konservatorium der  
Stadt Wien: Klavier-Übungsabend
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal, Wiener Konzerthausgesell-  
schaft: 4. Konzert im Zyklus I; Wr. Symphoniker,  
Ricardo Ornoposoff (Violine), Dirigent Zdenek  
Košler (Lutoslawski: Trauermusik für Streicher;  
Mendelssohn: Violinkonzert e-Moll op. 64; Prokofieff:  
5. Symphonie op. 100)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musik-  
freunde: Wiederholung des 2. Quartett-Abends; Das  
Weller-Quartett (Mozart, Schubert, Dvořák -  
Programm siehe 18. Dezember)
- 20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1. Annagasse 20, Internat. Kultur-  
zentrum: Schallplattenabend "Weihnachtsmusik von  
der Gregorianik bis zum Beat"

Samstag, 21. Dezember:

- 16.00 Uhr, Bildungsreferat, 17. Kalvarienberggasse 28a,  
Bildungsreferat Hernalds: Konzert des Klassischen  
Wiener Schrammelquartetts, Leitung Lois Böck
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Blindenverband - Gruppe  
Steiner: Solistenkonzert

Samstag, 21. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend Österreichs: 1.Konzert im Chor-Jubiläums-Zyklus; Joh.Seb.Bach "Weihnachts-Oratorium"; Wr.Jeunesse-Chor, Wr.Symphoniker, Eiko Katanoska (Sopran), Julia Hamari (Alt), Werner Krenn (Tenor), Gerhard Nienstedt (Baß), Dirigent Heribert Esser

Sonntag, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend Österreichs: a.o.Konzert; Joh.Seb.Bach "Weihnachts-Oratorium"; Wr.Jeunesse-Chor, Wr.Symphoniker, Solisten siehe 21. Dezember, Dirigent Heribert Esser

- - -

Wiener Landtag

=====

12. Dezember (RK) Vorsitz: Erster Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ). Einleitend gedachte der Vorsitzende des gestern verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Josef Bohmann. Während der Würdigungsrede erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen.

Herabsetzung des Wahlalters

Es lagen zwei Anfragen der ÖVP vor. Ein Antrag der ÖVP betrifft vergnügungssteuerfreie Jugendveranstaltungen.

Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) referierte über die Abänderung der Gemeindewahlordnung der Stadt Wien. Wichtigste Änderung: die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters um ein Jahr.

Abg. Karger (KLS): Seine Partei wird zu vorliegendem Antrag die Zustimmung geben. Jedoch sei eine umfassendere Novellierung der Wahlordnung notwendig. Dies beginne bereits mit der Stimmabgabe in Altersheimen. Hier befürchtet er eine Beeinflussung der Pfleglinge durch das Pflegepersonal und verlangt Vertrauensmänner für die Altersheiminsassen.

Zur Kernfrage des verringerten Wahlalters vordringend, löst er durch Angriffe auf die beiden großen Parteien und die demokratischen Einrichtungen unserer Stadt, die er samt und sonders als "Privilegien der Besitzenden und der Mächtigen" bezeichnet, zahlreiche Zwischenrufe aus. Karger erklärt, dies namens von zweitausend in der Nazizeit ermordeter Kommunisten zu tun. (Drimmel: Er redet auf der verkehrten Leich'!-Slavik: Im Osten soll er das reden!)

Sodann verlangt der Debattenredner die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, Wiens 23 Wahlkreise auf einen einzigen zu reduzieren, die echten Oppositionsstimmen mehr zu Wort kommen zu lassen. Anschließend stellte er den Antrag, der Landtag solle im ersten Drittel des kommenden Jahres eine grundsätzliche Debatte über umfassendere neue Reformen der Wahlordnung aufnehmen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ): In den letzten Jahren war es immer deutlicher, daß weite Kreise der Jugend durch die demontierten demokratischen Spielregeln mit wachsendem Desinteresse und Mißtrauen unserem Staat gegenüberstanden. Daß jetzt 20.000 junge Menschen zusätzlich an den Wahlen teilnehmen, ist begrüßenswert.

Das Vertrauen unserer Jugend zur Demokratie wird jedoch im Keim erstickt, wenn - wie es in der vergangenen Woche im Parlament der Fall war - die Lösung eines Problems mit einem anderen, das der anderen Fraktion am Herzen liegt, gekoppelt wird. Auf der gleichen Linie liegt in Wien die Vergabe der öffentlichen Wohnbaugelder, die dem Proporz entsprechend aufgeteilt werden.

Eine Herabsetzung des Wahlalters für das passive Wahlrecht in die Bezirksvertretungen wäre noch um ein weiteres Jahr möglich gewesen. Im allgemeinen ist es ja so, daß in den meisten Fällen die neuen Kandidaten für den Gemeinderat vorher in den Bezirksvertretungen tätig waren, um sich hier mit den kommunalen Problemen vertraut zu machen. Eine Vermehrung der Zahl der Wahlsprenkel in den Krankenanstalten wäre notwendig, denn durch Bettlägerigkeit der Patienten dauert die Wahlhandlung erfahrungsgemäß wesentlich länger.

Eine Änderung der Wahlordnung wäre auch dahingehend notwendig, daß jede abgegebene Stimme das gleiche Gewicht erhält. Durch die derzeitigen Wahlgesetze haben zum Beispiel die Freiheitlichen bei 5,7 Prozent an Stimmen nur drei Prozent der Mandate erhalten. Im 1. Bezirk könnte es durch diese Wahlarithmetik nach der nächsten Volkszählung dazu kommen, daß er nur mehr über ein Mandat verfügen kann. Eine Änderung wäre hier dringend notwendig, damit unser Wiener Wahlrecht endlich gerecht und fair wird.

Abg. Dr. Habl (ÖVP) betont, daß die Volkspartei im Parlament für die Änderung des Wahlrechtes eingetreten ist, und auch nicht - wie in sozialistischen Zeitungen behauptet wurde - die Wiener Gesetzesvorlage verzögert habe. Der Antrag wurde gemeinsam eingebracht und gemeinsam beraten. Mit der Änderung der Altersgrenze wurde einem Wunsch der jungen Menschen nach mehr Mitbestimmung entsprochen.

Der Redner beantragte, über den Punkt 5 getrennt abzustimmen. Seine Partei könne nicht abgehen von der Forderung, daß die überbleibenden nicht ausgegebenen Stimmzettel gezählt werden müssen.

Um für alte und kranke Menschen Wahlerleichterungen zu schaffen, habe die ÖVP die Briefwahl einführen wollen. Leider habe die SPÖ nicht zugestimmt. Dr. Habl verwies darauf, daß die Briefwahl in vielen Ländern - Deutschland, Skandinavien, den USA - mit Erfolg praktiziert werde. Man könne doch nicht annehmen, daß sich ausgerechnet die Österreicher und die Wiener unkorrekt verhalten würden.

Auch hinsichtlich des Streichens und Reihens hätte die Änderung des Wahlgesetzes Möglichkeiten schaffen können, was jedoch versäumt wurde.

Abg. Stockinger (SPÖ) begrüßte die Herabsetzung des Wahlalters: wer reif genug sei, Wehrdienst zu leisten, sei auch reif genug, zu wählen.

Dem Vorwurf von Abg. Karger, in Österreich habe der junge Mensch keine Möglichkeit zur politischen Betätigung, entgegnete Stockinger durch die Bemerkung, es seien vier Parteien vorhanden - von den Oststaaten könne dies bekanntlich nicht behauptet werden.

Zur Klage des Abg. Dr. Hirnschall, daß die FPÖ für ihre Mandate mehr Stimmen benötige als jede andere Partei, sagte Stockinger, das Grundmandat koste jede Partei gleichviel Stimmen. Hinsichtlich der Restmandate seien die Freiheitlichen jedoch eindeutig im Vorteil: sie brauchen dafür nur 19.000 Stimmen, während die Sozialisten 22.000 aufbringen müssen.

Den Ausführungen von Abg. Dr. Habl hinsichtlich der Gesetzlichkeit der Briefwahl setzte Stockinger entgegen, daß der gegenwärtige österreichische Justizminister nicht diese Ansicht teile. In einem Justizkommentar habe er geschrieben, das Wahlrecht werde nur dann persönlich ausgeübt, wenn sich der Wähler persönlich bei der Wahlkommission einfindet. Von der Möglichkeit des Reihens und Streichens werde nur sehr gering Gebrauch gemacht: bei der Nationalratswahl 1966 gab es nur auf 0,2 Prozent der Stimmzettel Reihungen und Streichungen. Derartige Stimmzettel bedeuten jedoch für die Tätigkeit der Wahlkommission eine enorme Verzögerung.

In seinem Schlußwort zitiert Stadtrat Hintschig KP-Zeitungen, die die CSSR-Aktion als vernünftig hinstellen und ein Landtagsprotokoll des Jahres 1964, in dem die KLS-Vertreter eine "breite Basis der Demokratisierung in sozialistischen Ländern" ankündigen. "Es erübrigt sich, mit Menschen, die diese Meinungen auch heute noch vertreten, über ihren Redebeitrag auch nur zu diskutieren". (Allgemeiner Applaus).

Es sei erfreulich, daß die FPÖ der 5-prozentigen Klausel zustimmt. - Den Beitrag des Abg. Habl (ÖVP) über die Zählung nicht ausgegebener amtlicher Stimmzettel bezeichnet er als in der Praxis praktisch unmöglich. - Der Antrag des Abg. Karger solle abgelehnt werden.

Die Änderung der Gemeindewahlordnung wird in erster und zweiter Lesung mit Ausnahme des Punktes fünf einstimmig, der Punkt fünf mit Stimmenmehrheit (ohne ÖVP) angenommen.

Der Antrag der KLS wird abgelehnt.

#### Behindertengesetz-Novelle

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) bringt den Antrag auf Novellierung des Behindertengesetzes ein. Die bisherigen Pflegesätze sollen ab 1. Jänner 1969 von derzeit 465 S auf 648 S erhöht werden.

Das Gesetz wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### Im Wiener Landtag 1968 beschlossene Gesetzesvorlagen

Landtagspräsident Dr. Stemmer gab abschließend einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Wiener Landtages im ablaufenden Jahr. Demnach wurden zwölf Gesetze geändert beziehungsweise beschlossen und ein Gesetzesbeschluß wiederholt.

Es waren dies das Gesetz mit dem das Gesetz über die Festsetzung des Ausmaßes von Verwaltungsabgaben im Bereiche des Landes und der Gemeinde Wien und die Einhebung von Amtstaxen im Verfahren nach den Wiener Landes- und Gemeindeabgabegesetzen abgeändert wird, das Gesetz, mit dem das Wiener Jugendschutzgesetz abgeändert wird, das Gesetz über die Änderung des Blindenbeihilfengesetzes, die Wiederholung des Gesetzesbeschlusses vom 20. Dezember 1967, womit einzelne Bestimmungen der Bauordnung für Wien und der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien ergänzt (authentisch interpretiert) werden, das Gesetz, mit dem das Vergnügungssteuergesetz für Wien 1963 in der Fassung der Vergnügungssteuergesetznovelle 1967, LGBL. für Wien Nr.3/68, abgeändert wird (Vergnügungssteuergesetznovelle 1968), das Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer für Baulichkeiten, deren Errichtung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gefördert worden ist (Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1968), das Gesetz, betreffend die Vergnügungsbetriebesperrstunde für musikalische Veranstaltungen im Freien in Wiener Heurigengebieten, das Gesetz, womit das Gesetz vom 18. November 1966 über das Besoldungsrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien (Besoldungsordnung 1967 - BO. 1967) abgeändert wird und Bestimmungen über die Gewährung von Teuerungszulagen geschaffen werden, das Gesetz, mit dem das Gebrauchsabgabegesetz 1966 in der Fassung der Gebrauchsabgabegesetznovelle 1967, LGBL. für Wien Nr. 25/67, abgeändert wird (Gebrauchsabgabegesetznovelle 1968), das Gesetz, mit dem das Gesetz über Ersatzleistungen an öffentlich-rechtliche Bedienstete der Stadt Wien während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft abgeändert wird, das Gesetz, mit dem das Wiener Aufzugsgesetz vom 29. Mai 1953, LGBL. für Wien Nr.12 abgeändert wird, das Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien (Wiener Gemeindewahlordnung - GWO), LGBL. für Wien Nr. 17/1964, abgeändert wird und das Gesetz, mit dem das Gesetz vom 8. Juli 1966, LGBL. für Wien Nr. 22, über die Hilfe für Behinderte abgeändert wird (1.Behindertengesetz-Novelle).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Budgetberatungen im RathausEinigung Koren, Slavik über U-Bahn

12. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek eröffnete um 11.42 Uhr die Sitzung des Gemeinderates, in der zum 23. Male in der Zweiten Republik dem Wiener Gemeinderat ein Voranschlag der Bundeshauptstadt vorgelegt wird.

Die Anwesenden erhoben sich von den Sitzen, als der Bürgermeister einleitend des jüngst verstorbenen Bürgers der Stadt Wien, Hofrat Dr. Leopold Zechner, gedachte, der nach dem Krieg das Wiener Schulwesen aufbaute. "Wir wollen dieses großen Schulmannes und Humanisten, der nun aus unserem Kreis getreten ist, stets in tiefer Achtung gedenken", schloß der Bürgermeister die Trauerkundgebung.

Rückblick auf die Entwicklung der Voranschläge

Als erster Punkt der Tagesordnung stand die Wahl von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern in den Beirat der Wohnbauaktion 1969 auf der Tagesordnung. Auf Vorschlag der SPÖ wurden die Gemeinderäte Franz Schreiner und Josef Windisch zu Mitgliedern, Ing. Fritz Hofmann und Ing. Walter Hofstetter zu Ersatzmitgliedern, auf Vorschlag der ÖVP Ing. Johann Lust zum Mitglied und Gemeinderat Friedrich Hahn zum Ersatzmitglied gewählt.

Um 11.55 Uhr betrat der städtische Finanzreferent, Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ), zur Berichterstattung über den Voranschlag 1969 das Rednerpult. Slavik beschäftigte sich zunächst mit den "Erinnerungen", die während der öffentlichen Auflegung des Voranschlages von 28 Gemeindemitgliedern abgegeben wurden. Die meisten dieser Erinnerungen betreffen die Verwaltungsgruppe VI (Bauangelegenheiten) und befassen sich besonders mit Problemen des Straßenbaues, aber auch der Errichtung von eigenen Siedlungen für kinderreiche Familien.

An zweiter Stelle steht die Verwaltungsgruppe XII (Städtische Unternehmungen), wo die Erinnerungen sich besonders mit der Vortelinie befassen. Hinsichtlich anderer Verwaltungsgruppen waren es die Kindergärten, die Verkehrsregelung und der Neubau des Dianabades, mit denen sich die Erinnerungen beschäftigten. Slavik be-

antragte die Zuweisung dieser Erinnerungen an die zuständigen Gemeinderatsausschüsse.

"Ich habe heute zum zwölften Male die Auszeichnung, dem Gemeinderat einen Voranschlagsentwurf vorzulegen", begann der Vizebürgermeister seine Berichterstattung zum Budget 1969. Slavik stellte einen Rückblick an die Spitze seiner Ausführungen, der, wie er sagte, dazu dienen sollte, an den steigenden Zahlen die Leistungskraft der Wiener Bevölkerung ebenso zu illustrieren, wie die Investitionstätigkeit der Stadtverwaltung.

Das Budget 1945 bewegte sich noch in einem Ausgabenrahmen von 218,5 Millionen Schilling. Erst drei Jahre später, nämlich 1948, wurde die Milliardengrenze bei den Ausgaben überschritten (1,155 Milliarden).

Slavik verglich die derzeitige Situation auch mit der Lage vor zehn Jahren. 1958 hielten die Ausgaben bei 4,92 Milliarden Schilling, für das kommende Jahr sollen sie 13,492 Milliarden ausmachen. Auf der Einnahmenseite lautete die Zahl für das Jahr 1958 4,78 Milliarden, für das Jahr 1969 werden 13,214 Milliarden an Einnahmen der Stadt erwartet. Der Finanzreferent stellte in seinem Rückblick auf die abgelaufenen 23 Jahre fest, daß der Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt elfmal aktiv und zwölfmal passiv gewesen sei.

Auf die sogenannte Rathaus-Milliarde eingehend, erinnerte der Finanzstadtrat an die Rücklagen des Jahres 1945 in der Höhe von 239,6 Millionen Schilling, die freilich nur fiktiv waren, weil sie in wertlosen Reichsschatzscheinen bestanden. Den höchsten Stand an Rücklagen verzeichnete man im Jahr 1967 mit 945,2 Millionen Schilling. Die Frage, ob man diese Rücklagen nicht einfach ausgeben sollte, soll damit beantwortet werden, daß die des Jahres 1946 Ausgaben für sechs Monate, die des Jahres 1955 nur mehr für zwei Monate gedeckt hätten. Die heutigen Rücklagen würden nur mehr eine Deckung für vier Wochen garantieren.

Die Investitionstätigkeit im Jahr 1945 bestand aus nichts anderem als aus dem verzweiferten Versuch, zerbrochene Fensterscheiben zu ersetzen, schadhafte Dächer mit nur sehr wenig Ziegeln auszubessern und die öffentlichen Verkehrsmittel notdürftig in Schwung zu bringen.

Auch 1946 war die Investitionstätigkeit immer noch gering, wenngleich bereits 47,4 Millionen Schilling zur Verfügung standen. 1955 konnte man für diese Zwecke bereits 892,8 Millionen Schilling, drei Jahre später 1.116,600.000 Schilling bereitstellen, und für den Voranschlag 1969 sind dafür 3.432,000.000 Schilling vorgesehen.

Die erste Etappe nach Krise, Diktatur und Krieg stellte den Stadtsenat, den Gemeinderat und den Wiener Bürgermeister oftmals vor nahezu hoffnungslose Situationen und vor riesige Verwaltungsaufgaben. In der zweiten Etappe galt es für die Stadt Wien, all das aufzuholen, was andere Staaten, die weder einer Wirtschaftskrise, noch einem Krieg ausgesetzt waren, kontinuierlich ausbauen und für die Bevölkerung ihres Landes sicherstellen konnten. Heute gehört Wien zu den führenden Kommunalverwaltungen von Europa, und die Leistung, die von den Personen in diesem Saal vollbracht worden ist, kann wohl als beispielgebend angesprochen werden. Mit der Anerkennung, die man im Ausland der Wiener Stadtverwaltung zollt, können alle, die damit beschäftigt waren, zufrieden sein. Die älteren Wiener haben diesen Aufstieg selbst miterlebt und ihn gestalten geholfen. Die große gesellschaftliche Entwicklung, in der die ganze Welt und somit auch wir uns befinden, stellt uns vor neue und nicht weniger schwierige Probleme, und es muß eine der Aufgaben der für die Stadt Verantwortlichen sein, dieser Entwicklung nicht nur gerecht zu werden, sondern sie bewußt zu fördern.

#### 5-Jahres Programm bereits erfüllt

Das Fünf-Jahres-Programm, das man sich im Jahr 1964 hier stellte, ist heute bereits voll erfüllt. Nun gilt es zu überlegen, die Zukunft Wiens vorzubereiten und große Projekte ins Auge zu fassen. Die Aufgaben sind nicht weniger schwierig als die, die wir bereits gelöst haben.

Wichtig ist nur, daß die Wiener die kommenden Probleme verstehen, ihnen verständnisvoll gegenüberstehen und an ihrer Verwirklichung mitwirken. Der Voranschlag 1969 soll für die Zukunft richtungsweisend und bestimmend sein.

#### Steigerung der Investitionen

Eine der Hauptaufgaben wird es sein, den Investitionsanteil wesentlich zu erhöhen. Die Mittel dafür wird man zum Teil durch Rationalisierung der Verwaltung wie auch des Sachaufwandes zu gewinnen versuchen müssen.

Der Finanzstadtrat streifte die Arbeitskräftepolitik, die sich, wie aus Vergleichszahlen hervorgeht, für die Wiener Bevölkerung besser als für die gesamtösterreichische gestaltet hat. Daß die Arbeitslosenzahlen in Wien geringer sind, ist nicht zuletzt Verdienst des Wiener Gemeinderates, der einer möglichen ungünstigen Entwicklung bewußt und rechtzeitig entgegen gearbeitet hat. Eine der Hauptsorgen wird es bleiben, die Vollbeschäftigung in Wien aufrechtzuerhalten und damit eine dynamische Entwicklung zu ermöglichen.

#### U-Bahn

Der Finanzstadtrat ging dann auf zwei wichtige Neuerungen im Budget 1969 ein: die Industrieaufschließung, für die insgesamt 50 Millionen S bereitgestellt sind, mit deren Hilfe die Möglichkeiten für Neuansiedlungen bzw. Umsiedlungen von Betrieben vorbereitet und geschaffen werden sollen. Das zweite, noch wesentlich größere Projekt, ist der Bau der Wiener U-Bahn, wobei zunächst an die Linien U 1, U 2 und U 4 gedacht ist, wofür ein Betrag von insgesamt 5.063 Millionen Schilling notwendig wäre. Für die U 3, mit deren Bau wesentlich später begonnen wird, sind drei Milliarden Schilling erforderlich.

#### Slavik - Koren sind einig

Über die Aufteilung der finanziellen Lasten fanden in der letzten Zeit vor allem aber gestern entscheidende Gespräche zwischen Finanzminister Dr. Koren und dem städtischen Finanzreferenten statt.

Slevik führte dazu wörtlich aus: "Der Vorschlag, den wir gestern vereinbart haben, sieht vor, daß der Bund vier Jahre hindurch je 150 Millionen Schilling beiträgt. Vier weitere Jahre hindurch wird er je 200 Millionen Schilling und in den darauf folgenden vier Jahren je 250 Millionen Schilling bezahlen. Das ergibt eine Gesamtsumme von 2,4 Milliarden Schilling.

Ich habe in diesem Saal schon früher gesagt, daß ich durchaus das Drängen verstehe, zu einer Vereinbarung mit dem Bund zu kommen. Aber ich mußte darauf hinweisen, daß es sich nicht um kleine Subventionen oder Geschenke handelt, sondern einfach darum, einen Interessenausgleich zu finden. Es sind ja beträchtliche Summen, die auszuhandeln sind.

Die Frage, wieso und warum wir eigentlich an den Bund Forderungen in diesem Zusammenhang stellen, ist in diesem Saale klar. Wir müssen uns gar nicht darauf stützen, was in München, Frankfurt, Paris, oder Amsterdam geschieht. Wir brauchen nur die österreichischen Verhältnisse zu betrachten, um zu wissen, daß es sich um eine Verpflichtung des Bundes gegenüber der Stadt Wien handelt.

#### Eine faire Vereinbarung

Für den öffentlichen Verkehr muß der Bund für ganz Österreich Leistungen erbringen. Daraus konnten wir als gleichberechtigtes Bundesland und als Bundeshauptstadt ableiten, daß eine solche Verpflichtung des Bundes auch gegenüber dem Wiener U-Bahn-Problem besteht. Wenn es nun gestern zu dieser Vereinbarung kommen konnte, so möchte ich mit aller Offenheit sagen, daß es eine faire Vereinbarung ist. Ich möchte aber auch ausdrücklich sagen, daß die Gespräche mit Professor Koren in einer sehr sachlichen und ruhigen Atmosphäre geführt werden konnten, und daß wir - ich hoffe, es ist beidseitig -, uns beide darüber freuen können, daß wir zu dieser Vereinbarung gelangt sind (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

#### Offene Probleme

Wir haben außer diesem Problem noch andere Probleme offen. Ich darf nur in Erinnerung rufen, daß wir das große Problem des absoluten Hochwasserschutzes haben. Auch in diesen Gesprächen sind

sie schon wesentlich näher gekommen, so daß die Differenzen nicht mehr groß sind und ich annehmen kann, daß wir auch auf diesem Gebiete zu einer Vereinbarung kommen könnten.

Aber auch in der Frage der Kläranlagen müssen wir nach meiner Ansicht noch zu einer Einigung kommen. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Beamtenschaft in allen Ministerien in der Bundesverwaltung doch bald zu einer gleichartigen Auffassung kommen würde, nämlich, daß es keinen Sinn hat, sich gegenseitig zu ärgern. Sie sollten nicht immer nachdenken, wie sie uns Schwierigkeiten machen können. Das ist grundsätzlich nicht die Aufgabe eines Beamten, sondern diese Beamten sollten der Aufgabe eines Beamten, gerocht werden, Lösungen zu suchen und nicht Schwierigkeiten.

#### 1969 Baubeginn U-Bahn

Was die U-Bahn anbelangt, haben wir gestern die Vereinbarungen abgeschlossen. Wir haben in unserem Budget eine außerordentliche Einnahme und außerordentliche Ausgaben im Ausmaß von 271,8 Millionen Schilling.

Über die Modalitäten, zu welchem Zeitpunkt die Bezahlung beginnt - nämlich im Jahre 1969 oder im Jahre 1970 auf Grund auch des bereits vorliegenden Budgets im Bund - darüber muß noch gesprochen werden, wieauch noch über manche andere Details in diesem Zusammenhang.

Für das Jahr 1969 haben wir jedenfalls den Baubeginn der U-Bahn bereits vorgesehen und in unserem Budget ist in Form von außerordentlichen Einnahmen und außerordentlichen Ausgaben dafür vorgesorgt.

Ich möchte dem Wiener Gemeinderat sagen, daß diese Arbeiten im Jahre 1969 jedenfalls geleistet werden können, so daß wir die Arbeiten, die heuer begonnen wurden und noch begonnen werden, nämlich die Umleitungen für den Individualverkehr und für den öffentlichen Verkehr, fortgesetzt werden. Im Herbst beginnen wir mit der großen Baugrube am Karlsplatz.

Ich möchte aber auch, weil immer wieder das Problem aufgeworfen wird, welche Auswirkungen diese großen Investitionen haben werden, sagen, daß uns die erforderlichen Summen, die wir

ausgeben müssen, Sorgen bereiten werden. Warum auch nicht? Und der Wiener Gemeinderat wird sich mit diesem Problem sicher noch öfter beschäftigen müssen. Warum auch nicht? Aber auf der anderen Seite sollten wir nicht übersehen, daß die Durchführung so großer Bauvorhaben wie der Bau einer U-Bahn und die Errichtung des absoluten Hochwasserschutzes sehr wesentlich dazu beitragen können, eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in Wien, sondern in unserer ganzen Republik Österreich in die Wege zu leiten. Deshalb meine ich, daß diese Großbauvorhaben nicht nur von Bedeutung für die Stadt Wien, sondern auch von großer Bedeutung für ganz Österreich sein werden."

#### 12.600 Wohnungen

Vizebürgermeister Slavik beschäftigt sich dann mit dem Budgetentwurf 1969. Er betont, daß es nicht mehr die alte Verrechnungsart ist, die im Budgetentwurf aufscheint. Beim Wohnhausbau sei dies besonders eklatant, da ja nun auf der Einnahmenseite die Bauzuschüsse der Mieter aufscheinen. Die Stadt werde 1969 übrigens 1,492.5 Milliarden Schilling aufwenden und dafür 12.600 Wohnungen selbst errichten beziehungsweise deren Bau fördern.

Dann zählt er die Schwerpunkte auf: Beim Hochwasserschutz wurde eine Einigung mit dem Bund erreicht, nach der jeder 50 Prozent der Kosten übernehmen werde. Eine offene Frage sei noch die des Grundrechtes an der neu geschaffenen Insel. Immerhin werden im kommenden Jahr 70 Millionen für den Hochwasserschutz aufgewendet: 60 für die rechte und zehn für die linke Kante.

Auf dem Schulbausektor werden 1969 fünf neue Schulen begonnen und 22 weitergebaut. Die beim Klinikenbau gefundene Kostenbeteiligung zwischen Bund und Gemeinde mit ebenfalls je 50 Prozent ergibt für das nächste Jahr eine Ausgabenpost von 65 Millionen für das AKH. Die Vereinbarung ist allerdings schon zehn Jahre alt. Wir müßten uns auf eine Bauzeit von 18 Jahren gefaßt machen. Das ist zuviel. Neue Verhandlungen im Spitzenausschuß sollen erhöhte Finanzierungsquoten und dadurch eine schnellere Bauzeit bringen.

Auch für die diversen anderen Spitalsbauten sind die notwendigen Mittel vorgesehen. Zu keinem Abschluß kam man bisher bei den Kaufverhandlungen für die Abteilung Dr. Rett, das sogenannte Göteborghaus betreffend.

#### "Spitalsdefizit" 1,3 Milliarden

Der Abgang in den Spitälern beträgt 1,3 Milliarden Schilling. Der Verpflegskostensatz, der von den Sozialversicherungsträgern ersetzt wird und von diesen immer wieder als zu hoch bezeichnet wird, beträgt derzeit 155 Schilling pro Tag und Pflegling. Leider kommt man mit diesem Betrag bei weitem nicht aus, so daß der Abgang von Jahr zu Jahr steigt. Das Geld, das hierfür von der Wiener Bevölkerung und unseren Steuerträgern aufgebracht wird, dient jedoch der Gesundheit unserer Bevölkerung.

#### Wiener Stadtanleihe auch 1969

Für das kommende Jahr ist eine Anleihe von 600 Millionen Schilling vorgesehen, mit deren Hilfe die Investitionen bei den Wiener Stadtwerken durchgeführt werden sollen. Die Hoheitsverwaltung stellt in diesem Voranschlag für die Wiener Stadtwerke nicht wie bisher 150 Millionen, sondern 200 Millionen zur Verfügung.

#### Verwirklichung der "Jubiläumsgeschenke"

Im kommenden Jahr werden wir uns auch mit der Verwirklichung der drei Jubiläumsgeschenke beschäftigen müssen: der Errichtung eines sozialmedizinischen Zentrums, der Errichtung einer Stadt des Kindes und eines Forschungsfonds. Zwei weitere große Projekte sind der Großgrünmarkt und der Fleischmarkt in St. Marx.

Ein Problem, dessen Lösung über den Voranschlag eines Jahres hinausgeht, ist das Problem der Wärmeversorgung für Wien. Im kommenden Jahr werden 580 Millionen für diesen Zweck verwendet werden können und damit eine Entlassung der Haushalte eintreten. Die Errichtung der Fernwärmewerke wird zum Teil mit Fremdmitteln erfolgen müssen. Mit dem für 1969 veranschlagten Betrag können 30.000 Anschlüsse hergestellt werden. Gleichzeitig muß auch das Problem der Luftverunreinigung gelöst werden.

In absehbarer Zeit soll eine Gesellschaft zur Nutzung der Heilquelle Ober-Laa gegründet werden, um die Quelle nutzbar verwerten zu können.

Immer wieder werden die Reserven kritisiert. Reserven sind notwendig, um in wirtschaftlich schwächeren Zeiten die Investitionstätigkeit nicht einschränken zu müssen. Sollte es Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt geben, wird die Stadt Wien alles unternehmen, um eine ungünstige Entwicklung für Wien zu verhindern. Leider ist die Entwicklung auf dem Sektor der privaten Investitionstätigkeit in ganz Österreich enttäuschend. Sie bleibt hinter allen Erwartungen und Voraussagen zurück. Die im Parlament beschlossenen Wachstumsgesetze haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Das einzige, das von ihnen übrigblieb, war nicht eine verstärkte Investitionstätigkeit, sondern waren Mindereinnahmen der Länder und Gemeinden.

#### Ausgeglichenes Budget

Bei der Erstellung des Voranschlages müßten natürlich manche Veränderungen gegenüber den ursprünglichen Wünschen der Abteilungen vorgenommen werden. Die Vorlage enthält nunmehr Einnahmen in Höhe von 13.213,861.400 Schilling und Ausgaben von 13,492.732.300 Schilling. Daraus ergibt sich ein Abgang von 278,870.900 Schilling, das sind 2,1 Prozent unserer Ausgaben-summe. Diesem Abgang von 278 Millionen steht gleichzeitig eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben im Ausmaß von 240 Millionen Schilling gegenüber, so daß wir von einem ausgeglichenen Budget reden können.

Die Ausgaben sind gegenüber 1968 um 15 Prozent gestiegen. Auf den Personalaufwand entfallen 3,7 Milliarden, das sind 32,3 Prozent, auf den laufenden Sachaufwand 3,4 Milliarden (30 Prozent) auf Investitionen 3,4 Milliarden (29,5 Prozent) und auf Darlehen 959 Millionen (8,2 Prozent).

Für das Bau- und das Baugewerbe sind 4.529 Millionen vorgesehen, das sind 38,9 Prozent der Gesamtausgaben. Auf diese Weise werde die Vollbeschäftigung in Wien auch weiterhin gesichert.

Große Sorge bereitet nach wie vor die Beschaffung von Baugründen. 220 Millionen sind für Grundankauf und Grundtausch vorgesehen. Dringend ist ein modernes Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz auf Bundesebene.

Im vergangenen Jahr habe der Gemeinderat eine Reihe von Gebühren und Tarifen erhöhen müssen, Gebühren, die zum Teil seit 1945 unverändert waren. Für 1969 ist die Regulierung von nur zwei Gebühren vorgesehen: es handle sich um die Gebühren der Prüf- und Versuchsanstalt und um die Feuerwehr-Gerätebeistellgebühr. Gelöscht und geholfen werde weiterhin gratis. Wenn die Feuerwehr aber Geräte für diverse Arbeiten einsetzt, müsse nach Kostendeckung getrachtet werden.

Abschließend ersuchte Vizebürgermeister Slavik, den Budgetansätzen für 1969 zuzustimmen und stellte die formellen Anträge.

#### Die Generaldebatte

Als erster Debattenredner kam GR. Lauscher (KLS) zu Wort. Das Budget für 1969 zeige drei Neuerungen gegenüber den vergangenen Budgets: Geldmittel für den U-Bahnbau, die Aufschließung von Baugründen für neue Betriebe sowie Mittel für den Wiener Wohnbaufonds. Bedauerlich sei jedoch, daß der Gemeinderat nicht ausreichend über die Baugründe informiert worden sei. Aus der Presse habe man erfahren, daß es sich um Gründe in Floridsdorf, in Liesing, im 22. Bezirk und im Auhof handle.

Der Redner verlangte, der Gemeinderat möge über das Ergebnis der Betriebsanalyse im Wiener Raum unterrichtet werden. Daraus werde die ernste Strukturschwächung der Wiener Wirtschaft zu ersehen sein. Während in Wien 26 Prozent aller Beschäftigten in der Industrie tätig sind, betrage der Anteil der Industrie-Investition lediglich 18 Prozent. Auch aus den Investitionen je Beschäftigten gehe hervor, daß Wien benachteiligt ist. In Wien wurden 14.300 S je Beschäftigten investiert, in der Steiermark dagegen 16.700 S, in Oberösterreich 23.600 S, in Vorarlberg 38.400 S und im Burgenland 40.200 S.

Während die Zahl der Beschäftigten in allen anderen Bundesländern im Jahre 1967 trotz der Stahlkrise überall gestiegen sei, hat in Wien die Zahl der Beschäftigten um 20.000 abgenommen.

Der Redner stellte es als Aufgabe der Stadtverwaltung dar, dem Bund mit gutem Beispiel voranzugehen und nicht nur bestehende Industrien auszubauen, sondern neue anzuziehen. Der Landeshauptmann von Wien solle sich gegen die Schließung von Fabriken auf Wiener Gebiet ebenso intensiv wehren, wie dies der Landeshauptmann der Steiermark tue.

Der eingebrachte Voranschlag trage deutlich den Stempel eines Wahlbudgets. Es sei auf - sicherlich fruchtbringende - Augenblickserfordernisse abgestellt, reiche jedoch nicht für gezielte strukturelle Verbesserungen aus. Im übrigen erklärte der Redner, seine Fraktion sei keineswegs gegen eine überlegte Kooperation österreichischer Unternehmungen mit ausländischen Firmen. Hinsichtlich der Situation im Wohnbau meinte Lauscher, daß die beschlossenen Reformen sowohl auf Bundes- als auf Landesebene bereits wieder reformbedürftig seien. Der Mieterschutz sei durchlöchert worden, andererseits seien die ungesetzlichen Ablösen nicht verschwunden.

Zum Problem des Verkehrs äußerte sich der Redner dahingehend, daß "eine seltsame Praxis" im Rathaus herrsche. Von den bevorstehenden Arbeiten auf dem Karlsplatz seien wohl die Presse und die Bauwirtschaft informiert worden, nicht aber die gewählte Gemeindevertretung.

Der Redner gab auch seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Vizebürgermeister Slavik nicht bereit ist, dem Gemeinderat mitzuteilen, wie er sich die kostspielige Finanzierung der U-Bahn vorstelle. Dennoch begrüße die KLS, daß mit dem längst fälligen Bau endlich begonnen werden soll. Wenn die ÖVP heute behauptet, sie sei Initiator des U-Bahn-Baues, dann müsse er doch daran erinnern, daß es einen Stadtrat dieser Fraktion an der Spitze der Stadtwerke gegeben hat, der dafür eingetreten ist, an Stelle sämtlicher in Wien verkehrender Schienenfahrzeuge Autobusse einzusetzen. Wäre man den Vorschlägen seiner

eigenen Partei gefolgt, die bereits vor zehn Jahren die U-Bahn angeregt hat, könnte die U 1 bereits fahren. Aber für langfristige und vorausplanende Konzepte haben beide Großparteien in diesem Haus so lange nichts übrig, als nicht wieder einmal eine Wahl vor der Tür steht. Dies bestätigt unter anderem auch die Tatsache, daß man erst jetzt mit dem Bau der vierten Donaubrücke beschäftigt ist, statt die schon außerordentlich dringend benötigte sechste Verbindung zwischen dem rechten und linken Donauufer der Vollendung zuzuführen. Obwohl man tausende Wohnungen am linken Donauufer errichte, sich aber nicht um die Bereitstellung von dort gelegenen Arbeitsplätzen kümmere, wird die ohnehin schon prekäre Situation über die Donau hinweg immer schwieriger und katastrophaler.

GR. Lauscher beschäftigte sich im folgenden mit der internationalen Weltpolitik, wobei es heftige Zwischenrufe durch die SPÖ und ÖVP gab. (Haben Sie noch nichts von einem polnischen Antisemitismus, nichts von einer Vergewaltigung der CSSR gehört?) GR. Lauscher verlas daraufhin eine Stellungnahme der KPÖ zu den Vorfällen in der CSSR. :

Seine Fraktion könne den Ansätzen des 2. Hauptstückes nicht zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bei der Behandlung des Voranschlages ist man versucht, nicht nur vorausschauende Betrachtungen anzustellen, sondern auch auf die vergangenen Jahre zurückzublicken. Die Aufgabe der Opposition ist schwierig und verantwortungsvoll. Es komme seiner Fraktion vor allem darauf an, gute Leistungen anzuerkennen, aber auch Fehler aufzuzeigen, damit zum Nutzen der Stadt die Konsequenzen daraus gezogen werden können. Während des Wahlkampfes wurde viel von der Weltstadt Wien gesprochen. Von der Weltstadt, von der die einen sagen, daß sie es schon gibt und die anderen, daß sie es erst werden müsse. Die Wiener Bevölkerung bietet durch die Bereitstellung der nötigen Mittel der Stadt die Möglichkeit, die städtebauliche Entwicklung voranzutreiben. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob diese Mittel richtig und sinnvoll verwertet werden und ob die Aufgaben dieser Stadt nach einem guten Konzept

ferner ob man die Stellung Wiens als Bundeshauptstadt anerkennt und man bereit ist, diese Stadt entsprechend zu fördern, um sie attraktiver zu gestalten.

Die Vollbeschäftigung und die Existenzsicherung unserer Bevölkerung sei zweifellos eine lebenswichtige Aufgabe, sie könne jedoch niemals das Endziel einer weltstädtischen Entwicklung sein. Großes wurde auf dem Sektor des Wohnungsbaus, des Schulbaus und bei Spitalbauten geleistet. Allein die Frage, ob wir trotz diesen gewaltigen Anstrengungen in der Bewältigung der Probleme unserer Stadt entscheidend weitergekommen sind, kann nicht mit ja beantwortet werden. Ein städtebauliches Grundkonzept wurde zwar erstellt, was ist jedoch daraus geworden? Es tauchen neue Konzepte auf, neue Leitbilder. Inzwischen geht die Entwicklung der Stadt unaufhaltsam weiter. Die für die Stadt- und Landesplanung veranschlagten 13,2 Millionen sind ein Zeichen der Geringschätzung der Planungsaufgaben. Auch beim geplanten U-Bahn-Bau müßten viel mehr Fachleute verwendet werden. Es fehlt überhaupt eine konkrete Vorstellung für die künftige räumliche und wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Die Mittel für den Straßenbau sind keineswegs im selben Verhältnis gestiegen, wie die übrigen Ausgaben. Auch den Problemen des ruhenden Verkehrs wird zu wenig Bedeutung beigemessen.

Im Hinblick auf den U-Bahn-Bau sagte Dr. Schmidt, daß die Rathausmehrheit nur mit halbem Herzen bei der Sache sei. Anders könne man sich das lange Zögern in gewissen Belange - besonders der Finanzierung - nicht erklären. Am 17. November 1966 wurde das erste Grundnetz beschlossen, am 11. April 1967 habe sich der Bundeskanzler mit einer Beteiligung des Bundes einverstanden erklärt, im Juni 1967 habe Slavik mit Koren gesprochen, aber erst heute habe man von der Einigung Koren - Slavik gehört. Man habe vorher eineinhalb Jahre verstreichen lassen, jetzt sei es innerhalb weniger Monate zu einer Einigung gekommen. Allerdings wisse man nicht, ob die Beteiligung des Bundes an der U-Bahn-

finanzierung den Vorstellungen Wiens entspricht. Weil man auch nie gehört habe, welche Vorstellungen sich Wien gemacht hat.

Leider sei das Verhältnis des Staates zu seiner Hauptstadt nicht frei von Verkrampfungen aller Art. Vermutlich liege es nicht an der Einparteienregierung. Es dürfte sich um eine unbewältigte Vergangenheit handeln, die bis in die erste Republik zurückreicht. Die Wiener haben keinerlei Verständnis für den "Plakatkrieg" zwischen Wien und dem Bund, der übrigens auch dem Ansehen Österreichs im Ausland schade.

Dann kam Dr. Schmidt auf die erfolgreiche Konkurrenz Münchens mit Wien zu sprechen. Während sich München rasant entwickelt, stagniert Wien. In München vergrößert sich die Einwohnerzahl jährlich um 20.000 Menschen - Wien verzeichnete in zehn Jahren einen Zuwachs von nur 15.000 Einwohnern.

In Wien gebe es kein großes, langfristiges Konzept. Die Pläne gehen nicht über eine Gemeinderatsperiode hinaus. Es sei auch kein langfristiger Finanzierungsplan vorhanden. Die Verwaltung der Bundeshauptstadt sei über weite Strecken schwerfällig und unrationell. Besonders auf dem Verkehrssektor und im Wohnungswesen herrsche ein kaum überschaubares Durcheinander der Kompetenzen.

Besonders ausführlich widmete sich der Redner dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, der im Gegensatz zu dringenderen Vorhaben finanziell und auch personell großzügig versorgt sei. Es frage sich allerdings, ob angesichts der Qualität der herausgegebenen Publikationen solch enormer Aufwand gerechtfertigt sei. Zwar könne man sagen, daß die Wochenzeitschrift "Stadt Wien" umfangreicher geworden sei. Darüber hinaus gebe es auch neue Publikationen, mit denen Informationen aus der Bundeshauptstadt verbreitet würden. Dennoch sei sehr zu bezweifeln, ob mit der praktizierten Schreibweise eines Volksschullesebuches, mit dem kramphaften Humor des "Beschwichtigungshofrates" oder vielleicht mit dem Pamphlet "Als Wien in Flammen stand" der zahlenmäßig ohnehin kleine Leserkreis angesprochen werden könne.

(Der "Beschwichtigungshofrat" war eine ständige Rubrik in der "Stadt Wien", die Broschüre "Als Wien in Flammen stand" wird derzeit in Fortsetzungen veröffentlicht. Anp.d. Red.) Insgesamt sei der Eindruck dieser Publikationen "lächerlich und abstoßend".

An die Adresse der ÖVP-Fraktion richtete der Redner den Vorwurf, sie wolle sich von der gemeinsamen Verantwortung der Rathauskoalition für die Gebührenerhöhungen der letzten Jahre drücken. Dies komme besonders in den Propagandaschriften der ÖVP zum Ausdruck.

Dann kritisierte der Redner die "Auswüchse des Proporz" in Wien. Es ist verständlich, daß etwa der Stadtschulrat nach dem Proporz zusammengesetzt sei, unverständlich sei jedoch dieselbe Praxis hinsichtlich der Direktorenposten in den Schulen. (In mehrfachen Zwischenrufen wurde nach dieser Bemerkung auf die Bestellung des F.Ö.-Bundesparteiobmannes, des Abg. Friedrich Peter, zum Landesschulinspektor für Oberösterreich hingewiesen).

Ebenso sei, führte Dr. Schmidt weiter aus, auf dem Gebiet der Sportförderung und der Verteilung von Wohnbaumitteln eine ähnliche "Entartung der Demokratie" festzustellen.

Nach einer Betrachtung über die Vergabe der Wohnbauförderungsmittel, die als Beweis übelsten Proporzsystems anzusehen ist, bekannte sich der Redner dazu, ein modernes repräsentatives und auf die Zukunft ausgerichtetes Wien zu gestalten. Die Bedeutung Wiens kann weit über die Aufgaben der Bundeshauptstadt hinausgehen und zu einem Leuchtturm des freien Europas werden. Auszuschließen dabei sei freilich die ursprüngliche Vorstellung, Wien könnte zu einem friedlichen Treffpunkt für die Repräsentanten der östlichen Länder werden, eine Hoffnung, die man wohl seit dem September 1968 für immer begraben mußte. Die Zukunftschancen unserer Stadt sollen verfolgt und gewahrt, alle übrigen Illusionen aber als bedeutungslos außer acht gelassen werden.

Der nächste Debattenredner, Vizebürgermeister Dr. Drimmel (ÖVP), begann mit der Schilderung eines, wie er sagte außerordentlich interessanten Fotos im offiziellen Organ der Bundeshauptstadt "Stadt Wien", wo man die Mitglieder des Budgetausschusses, an der Spitze des Stadtoberhaupt und an seiner Seite Vizebürgermeister Felix Slavik habe sehen können.

Leider hat diese Reportage einen Schönheitsfehler: das Stadtoberhaupt sei nicht Bürgermeister Marek, sondern Oberbürgermeister Dr. Vogel; die Sitzungsmitglieder nicht die eines Budgetausschusses der Stadt Wien, sondern einer Haushaltsberatung der Stadt München gewesen. Und das bedauerlichste daran sei, daß man sich zwar in München zu dieser außerordentlich demokratischen Form der Vorbesprechungen und Beratungen bekenne, ähnliches aber in Wien mit beharrlicher Konsequenz seitens der SP-Mehrheit ablehne.

Der sooft verlangte Budgetausschuß habe bis heute nicht geschaffen werden können. Die Nachteile der in unserer Stadt gehandhabten Geschäftsordnung lägen klar auf der Hand: die Mitglieder des Stadtsenates erhielten zum spätestmöglichen Termin den Voranschlagsentwurf zugestellt, wodurch Vorbesprechungen unmöglich gemacht werden und nicht einmal die Ansätze, geschweige denn die Streichungen für die einzelnen Geschäftsgruppen erkennbar sind. Seiner Meinung nach müsse beispielsweise ein gewählter Mandatar wissen, warum Wünsche aus den Bezirken in der Höhe von drei Milliarden Schilling vom Finanzreferenten als zu hoch betrachtet und daher gestrichen werden. Seiner Meinung nach wäre eine rechtzeitige Koordination der Interessen notwendig. Dies sei wohl auch tiefster Sinn jenes im Jahre 1964 zwischen der SPÖ und ÖVP geschlossenen Arbeitsübereinkommens gewesen. Die abstimmenden Besprechungen seien seither immer seltener geworden, und der von den Politologen so oftmals angeprangerte Proporz in der Rathaus-Koalition kaum existent. Dies habe für die Minderheitspartei allerdings auch seine Vorteile: Eine Entscheidung der Mehrheitspartei könne im Wiener Landtag, im Stadtsenat und im Gemeinderat als "ultima ratio" herbeigeführt werden, ohne daß die Minderheitspartei mit dem Entschluß einverstanden sein muß.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Diplomierungsfeier im Psychiatrischen Krankenhaus  
=====

12. Dezember (RK) Nach dreijähriger strenger Ausbildung in der neuen Schule des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien wurden heute vormittag zehn Pflegerinnen und zehn Pfleger von Personalstadtrat Hans Bock in Anwesenheit des Penzinger Bezirksvorstehers Franz Lehner und Stadtphysikus Dr. Albert Krassnigg "freigesprochen".

Nach der Begrüßung durch den ärztlichen Direktor, Dr. Wilhelm Solms, gratulierte Stadtrat Bock den jungen Menschen, die sich durch konsequenten eisernen Fleiß nun selbst ein schönes Weihnachtsgeschenk beschert haben: die schriftliche Bestätigung, einen ebenso wichtigen, wie verantwortungsvollen und humanen Beruf voll ausfüllen zu können. Er ermahnte die weiblichen und männlichen Pfleger, das Lernen mit dem heutigen Tag nicht aufzugeben, weil es im Verlauf der Jahrhunderte wohl kaum eine Periode wie die jetzige gegeben hat, in der sich derart lebenswichtige Belange so rasch und grundlegend immer wieder änderten. Mit dem Wunsch, daß die heute aus der Schule Entlassenen loyale Mitarbeiter der Stadt Wien, immer bereite Helfer der Kranken und mitdenkende Kollegen in der betrieblichen Demokratie sein mögen, schloß der Personalstadtrat seine Ansprache.

Von den zehn Mädchen hatte eines mit Auszeichnung seine Prüfungen abgelegt.

Der Personalstadtrat und der Anstaltsdirektor übergaben dann dem neuen Pflegepersonal die Diplome.

- - -

Geehrte Redaktion!

Eröffnung der Prager Straße

Wir erinnern daran, daß morgen um 8 Uhr das letzte ausgebaute Stück der Prager Straße im Wiener Stadtgebiet von Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Kurt Heller seiner Bestimmung übergeben wird. Sie sind herzlichst eingeladen, Bericht-erstatte und Fotoreporter zu entsenden.

Zeit: Freitag, 13. Dezember, 8 Uhr.

Ort: Kreuzung Prager Straße - Rußbergstraße.

- - -

Schweinenachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt O. Neuzufuhren Inland 62, Durchläufer 62, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

- - -

Rindernachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Pferdenachmarkt vom 12. Dezember

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt aus Jugoslawien 74 Stück. Verkauft zum Preis von 8 bis 13.70 S je Kilogramm.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

12. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 4 bis 5 S, Weißkraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Kochobst 3 bis 4 S, Orangen 4 bis 7 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Für die Wiener ÖVP ist die Rathauskoalition kein ideologisches und kein politologisches Thema. Das Majorsystem in der Rathauskoalition ist nicht der wunde Punkt des ganzen, sondern der heilsame Unterschied zur totalen Koalition. Es gestattet die Anwendung des Prinzips der Polemik zwischen den Partnern dort, wo Grundsätze die notwendigen Kriterien für die Einigung im Sachlichen zu sein haben.

Der Redner erinnert daran, daß ein berühmtes Zitat, das Churchill zugeschrieben wird, von einem Wiener Revolutionär des Jahres 1848 geprägt wurde, der am Beginn der parlamentarischen Demokratie in Österreich die Ansicht vertrat, daß die Parteidemokratie ein in mancher Hinsicht mit Fehlern behaftetes und zuweilen recht unansehnliches Instrument der politischen Willensbildung ist, in jedem Fall aber bei weitem besser als das, das an ihrer Stelle schon versucht worden ist.

Kein Geringerer als Leopold Kunschak hat von dieser Stelle aus einmal auf die Gefahr einer politischen Existenz zwischen Revolution und Reaktion hingewiesen. Wer in diesen Tagen neuerdings von gewaltsamen Revolutionen redet, der tut nichts besseres als einer, der das Wort Krieg im Munde führt.

In den Fällen, in denen der Wiener Gemeinderat die Leistungen der politischen Parteien im Hinblick auf die Parteien zur politischen Willensbildung finanziell unterstützt und dabei gerecht und gleichmäßig vorgeht, steht die Fraktion der Wiener ÖVP mit auf dem Boden der Entschlüsse. Dort, wo im parteipolitischen Interesse gehandelt wird, wird sie jedoch nicht ihre Zustimmung geben.

Eine Stadtverwaltung kann nur dann funktionieren, wenn diese Stadt eine definierte Funktion hat und für diese Funktion auch die Anerkennung in den sie umgebenden Bereichen gefunden hat. Nach den katastrophalen Verhältnissen, die der erste Weltkrieg vor allem um unsere Stadt hinterlassen hat, war das kommunalpolitische Experiment der Zwischenkriegsära zunächst ein sozialpolitisches Konzept, dessen wirtschafts- und finanzpolitische Fundamentierung bewußt nach klassenkämpferischen Motiven eingerichtet worden ist.

Die Sozialisten haben jedoch darauf vergessen, daß der soziale Wohnbau in Wien nicht nach 1918 sondern bereits vor 1914 in Gang gekommen ist. Sie vertragen es nicht, daß die neuen Stadtväter in der Republik auf den Schultern ihrer Christlich-sozialen und liberalen Vorväter gestanden sind.

Ungleich rascher als nach 1918 traten die Fortschritte beim Wiederaufbau der Zweiten Republik in Erscheinung. Wien existiert heute nicht einschichtig, sondern vielschichtig, als Mittelpunkt einer Region als Bundeshauptstadt der Republik und als eine europäische Metropole von weltstädtischer Bedeutung.

Der Redner gibt sodann einen Überblick über die Entwicklung Wiens seit 1918 bis zu jenen Tagen nach dem zweiten Weltkrieg, als man bereits befürchtete, daß Österreich zweigeteilt werde. Heute geht es um die gleichen Chancen für alle Bundesländer und um die Zusammenarbeit trotz den verschiedenen Interessen. Um das zu erreichen, muß der Zusammenhalt in der regionalen Nachbarschaft mehr sein, als die gelegentliche Verwaltungsgemeinschaft oder gemeinsame Projekterstellung. Die Formel "ÖVP für Wien und Wien für den Bund" ist daher mehr als Zitierung der Wahlparole 1964. Für die Wienpolitik der Wiener ÖVP besagt dieser Satz die volle Solidarität mit allen Fraktionen und Verbänden, wo es sich um das anerkannte Solidaritätsinteresse Wiens handelt. Als Hauptstadt ist Wien nicht nur Bundeshauptstadt und Sitz der obersten Organe, Wien hat in dieser Hinsicht auch eine unverlierbare Beziehung zum Gesamtstaat.

Hinsichtlich des Finanzausgleichs stellte Dr. Drimmel fest, daß diesbezügliche Klagen nicht angebracht seien. Der Finanzausgleich habe Wien bereits jetzt um 180 Millionen Schilling mehr eingebracht, als Vizobürgermeister Slavik für den Zeitraum bis 1972 vorausgesagt hatte.

Die Wiener Bevölkerung werde bewußt nicht über die Leistungen des Bundes für Wien informiert. Dies durch den ewigen Singsang von der Aushungerung Wiens durch den Bund. Dann zählte Dr. Drimmel die wichtigsten Bundesleistungen auf: vom Hochwasserschutzdamm am rechten Donauufer werde der Bund 50 Prozent der Kosten übernehmen, der Wasserwirtschaftsverband fördere den Bau der Kläranlagen in Inzersdorf Blumental und der projektierten Großanlage in Simmering. Durch die Bundesstraßen-Gesetznovelle 1968 wurden weitere Trassen des Wiener Raumes in den Autobahnbau einbezogen. Für den Bau der vierten Donaubrücke, die bis 1970 fertig sein wird, trägt der Bund eine halbe Milliarde Schilling bei. Für den Ausbau des Schnellbahnnetzes wurden bisher 1.100 Millionen bezahlt, nun kommen 87,5 Millionen Schilling dazu.

Im Zusammenhang mit der "U-Bahn-Saga" verwies Dr. Drimmel auf einen Brief, den Bundeskanzler Dr. Klaus an Bürgermeister Marek gerichtet hat. Darin heißt es, daß Klaus dem Projekt seit einem Jahr positiv gegenüberstehe und daß der Bund eine für Wien akzeptable Hilfe leisten werde.

Im Vertrag mit der Sowjetunion über die Erdgasversorgung, der am 10. September 1968 geschlossen wurde, habe die Bundesregierung Bedacht auf eine ausreichende Belieferung Wiens mit Erdgas genommen. Das Bauprogramm des Ministeriums für Bauten und Technik enthalte den Neubau von fünf Bundesschulen in Wien, darunter die Bundeserziehungsanstalt für Mädchen; sechs Schulen befinden sich derzeit im Bau, darunter die Pädagogische Akademie. Der Bau einer solchen Schule entspricht der Errichtung von drei gewöhnlichen Schulen.

Für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses habe der Bund bisher 350 Millionen Schilling beigetragen.

Dr. Drimmel stellte weiter fest, daß Dr. Klaus am 15. Juli einen acht Seiten langen Brief an Bürgermeister Marek gerichtet habe; die Antwort erfolgte im August 1968. Über diesen Briefwechsel und seinen Inhalt sei weder der Stadtsenat, noch der Gemeinderat informiert worden.

Dann kam Dr. Drimmel auf die Verwaltungs- und Behördenreform zu sprechen. Der "Buschfunk" hat zwar über gewisse Vorarbeiten berichtet, Konkretes habe man jedoch nicht erfahren können.

Es gelte, sagte Dr. Drimmel, neue Formen zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Management zu finden. Ein praktisches Beispiel dafür sei die von dem Grazer Hochschulprofessor Dorfwirth erstellte Parkraumstudie über die Bundeshauptstadt.

In der Verwaltungsreform bestehe die entscheidene Phase darin, theoretische Erkenntnisse in praktische Ausführungshandlungen zu transformieren. Gefährlich sei es aber, sich an Prophezeiungen zu halten, die sich vom Boden wissenschaftlicher Prognosen entfernen.

Die Wiener ÖVP habe versucht, mit Kontrolle, Kritik und Alternativen neue Modelle politischer Aktivität aufzuzeigen. Die Diskussionsbereitschaft seitens der Sozialisten sei jedoch bisher eher bescheiden gewesen. Die Wiener ÖVP habe schon vor Jahren ein mehrjähriges Finanz- und Investitionskonzept gefordert, was von der stärksten Partei des Rathauses zunächst abgelehnt worden sei. In jüngster Zeit habe der Bürgermeister selbst sich zu einem solchen Konzept bekannt und dabei die Behauptung aufgestellt, Wien betrete auf diesem Gebiet Neuland. In Wahrheit würden solche Konzepte etwa in Hamburg oder in Coventry längst praktiziert. Das Verhalten der Sozialistischen Partei im Nationalrat zeige deutlich, daß in dieser Partei Verständnis und Einsicht für eine solche Problematik bestehe. Allerdings nur so lange, als ein Mann aus den Reihen des politischen Gegners die Finanzen verwaltet. Geschehe dies durch einen Sozialisten, so sei man der Ansicht, daß alles in Ordnung ist.

Zu den Problemen des Arbeitsmarktes meinte Dr. Drimmel, man solle sich nicht damit zufriedengeben, daß etwa heuer die Zahl der Arbeitssuchenden geringer sei als im Vorjahr. "Vielmehr muß man sich mit dem Umstand auseinandersetzen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in Wien seit 1965 um mehr als 20.000 gesunken ist. Man muß die Arbeitsplätze in der Bundeshauptstadt erhalten und Wien als Arbeitsplatz attraktiver machen", sagte Dr. Drimmel.

Schließlich kam der Vizebürgermeister auf die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien des Wiener Gemeinderates zu sprechen. Trotz verschiedenen Ansichten im Grundsätzlichen sei es der ÖVP möglich gewesen, gemeinsam mit der SPÖ so wesentliche Komplexe zu vertreten wie etwa die Neuorientierung der Wohnungspolitik, das U-Bahn-Projekt oder die Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Jubiläum der Republik.

Abschließend erklärte Vizebürgermeister Drimmel namens seiner Partei, daß er dem Budget zustimme und man entschlossen sei, produktive Arbeit bis zum Ablauf der Wahlperiode im Jahr 1969 zu leisten.

Als nächster Debattenredner nahm GR. Hans Mayr (SPÖ) zunächst zu den Ausführungen von VBgm. Dr. Drimmel Stellung. Sein Vorredner habe es meisterhaft verstanden, unter einer Sammetpfote die Krallen hervorstrecken, so daß man zeitweise nicht gewußt habe, spricht hier der Vizebürgermeister der Stadt Wien, der Koalitionspartner im Wiener Rathaus oder der Vertreter des Bundes. (Beifall SPÖ) Wenn Sie Politik machen, wird man in uns aufrichtige Gesprächspartner finden, wer parteipolitische Süppchen kochen will, wird in uns energische Gegner finden. (Beifall SPÖ.)

Kunschak, der wenige Tage vor den tragischen Februar-~~ere~~ignissen des Jahres 1934 an gleicher Stelle stand, blieb mit seinem damaligen Appell ein einsamer Rufer. Auch er habe das Gefühl, daß die hier ausgesprochenen Bekenntnisse zur Koalition, zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Arbeit für unser Vaterland, leider auch nur von wenigen einsamen Rufnern ausgesprochen werden. Jetzt gilt es, darüber nachzudenken, wie ein Wiener Budget zustande kommt. Ein Ausspruch von Minister Dr. Koren im Rahmen der Budgetdebatte des Nationalrates soll an der Spitze stehen: "Die Budgetpolitik der demokratischen Gesellschaft ist heute das zentrale Instrument der Wirtschaftspolitik", ein Ausspruch, der unterstrichen werden kann und versinnbildlicht, über welches wesentliche Instrument wir hier zu beschließen und zu beraten haben. Man kann die Verhältnisse Wiens nicht einfach auf die Verhältnisse in anderen Staaten übertragen.

Zum Verständnis nur ein paar Zahlen: Ich habe mir das Bruttonationalprodukt Österreichs angesehen und auf die Kopffzahl der Bevölkerung umgerechnet. Im Jahr 1966 - es sind die letzten Zahlen, die für einen internationalen Vergleich zur Verfügung stehen - gab es in Österreich ein Bruttonationaleinkommen von 1380 US-Dollar. Weniger als die Österreicher haben lediglich die Portugiesen, die Griechen, die Spanier, die Irländer und die Italiener. Mehr als die Österreicher haben Schweden mit 2730, die Schweiz mit 2480, Dänemark mit 2320 und die Bundesrepublik mit 2010 Dollar. Ein sichtbarer Zusammenhang zwischen den Anteilen des privaten Verbrauchers und dem Bruttonationalprodukt darf nicht übersehen werden. Diejenigen, die das geringste Bruttonationalprodukt haben, nämlich die Portugiesen, haben einen Privatverbrauch von 73 Prozent, die Österreicher einen solchen von 61 Prozent. Je höher das Bruttonationalprodukt ist, desto geringer ist der Anteil des Privatverbrauches. Dies erklärt sich daraus, daß in Ländern, mit höher organisierter Wirtschaft mehr für die Infrastruktur getan wird. Der hochindustrialisierte Staat braucht eine funktionierende Licht- und Wasserversorgung, gut ausgebaute Straßen, kurz, der Anteil der öffentlichen Hand aus dem Bruttonationalprodukt muß entsprechend größer sein.

Dazu kommt noch die spezielle geographische Situation Wiens und des österreichischen Ostens, die durch Verkehrsprobleme und überaus lange Anmarschwege zu den wirtschaftlichen Hauptzentren Europas belastet ist. Unsere Planung kann daher nicht nur auf das Gebiet von Stadt und Land Wien abgestellt, sondern muß auf die gesamte Region Wien ausgedehnt werden. Zu der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich im Rahmen der Planungsgemeinschaft - die trotz allen politischen Gegensätzen vorbildlich funktioniert - sollte man meiner Meinung nach das unter gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen arbeitende Burgenland einladen. Die Abgeschnittenheit des östlichen Österreichs und der Stadt Wien wird in der Geschichte der Stadt nur eine kurze Episode sein. Deshalb haben wir schon heute Vorsorge für jene Zeit zu treffen, da der russische Stiefel einmal nicht mehr über die Ostblockländer stampft. Dann müssen die Verkehrswege zu den Staaten jenseits dieser Grenzen in Ordnung sein.

Ich denke daher vor allem an den Ausbau des Wasserstraßennetzes, das die Stellung Wiens in wirtschaftspolitischer Hinsicht wesentlich stärken wird. Obwohl dies für den Augenblick weder eine finanzielle noch eine arbeitsmäßige Belastung darstellt, ist der Stichkanal vom Donau-Oder-Kanal "Wien-March" wieder nicht im Konzept der Bundesregierung. "Die ÖVP für Wien", das gute Schlagwort der Wahl 1966 nützt wenig, wenn nicht die notwendigen Taten auch im Bundesmaßstab folgen.

Der Redner fordert weiter den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals, der nach den Plänen der Bundesregierung nur bis Linz in einer entsprechenden Tiefe ausgebaut werden soll. Warum ist dieser Ausbau nicht bis Wien geplant? Man kann hierfür nur eine politische Begründung finden, die ihre Ursache in der Aversion gegen Wien hat.

Zum Finanzausgleich: Dieses ursprünglich zwischen den Vertragspartnern vereinbarte Gesetz hat ohne Kontaktnahme entscheidende Veränderungen erfahren, und zwar in der Richtung, daß Länder und Gemeinden benachteiligt wurden. Die sogenannten Wirtschaftswachstumsgesetze haben dem Bund Mindereinnahmen von 980 Millionen gebracht, den Ländern und Gemeinden von 520 Millionen. Die kleine Einkommensteuerreform verminderte die Einnahmen des Bundes um 380 Millionen, die der Länder und Gemeinden um 420 Millionen. Die sogenannte große Einkommensteuerreform hat einen Einnahmeverlust für den Bund von 1.260 Millionen gebracht, für Länder und Gemeinden von 1.220 Millionen. Das ergibt für den Bund insgesamt Mindereinnahmen von 2,6 Milliarden, für Länder und Gemeinden von 2,1 Milliarden. Der Bund berief sich dann jedoch auf sein Steuerfindungsrecht, erhöhte die Umsatzsteuer, die Einkommensteuer, führte eine Sonderabgabe für alkoholische Getränke, für den Kauf von Kraftfahrzeugen ein, sowie eine Beförderungs- und eine Tabaksteuer. Der Effekt all dieser Maßnahmen ist nun, daß sich der Bund jene Beträge zurückholt, die er aus den drei Steuersenkungsaktionen nachgelassen hat und für sich darüber hinaus Mehreinnahmen von 2,3 Milliarden erschließt. Für Länder und Gemeinden bleibt jedoch der Verlust.

Wohnungsproblem: Der Bau von Wohnungen ist eine sachliche Notwendigkeit, politisch ist er längst uninteressant geworden. Die Stadt Wien unternimmt alle Anstrengungen, um den Wohnungsbau zu forcieren. Das Wahlversprechen des Jahres 1964, nämlich 65.000 Wohnungen zu bauen, beziehungsweise ihren Bau zu fördern, wird erfüllt werden. Bisher sind 53.000 Wohnungen fertiggestellt und für die restlichen 12.000 die erforderlichen Mittel vorhanden. Eine sehr große Finanzierungsquelle, nämlich die Förderung des Wohnungsbaues durch Bausparverträge, stehe für die Stadt Wien leider nicht offen. Die Sozialisten waren nie gegen die Errichtung von Eigentumswohnungen, sie sind jedoch dagegen, daß mit diesen Wohnungen geschachert wird. Zur Beschaffung des notwendigen Baugrundes fordert der Redner ein Assanierungsgesetz. Die Sozialisten respektieren das Eigentumsrecht, das dürfe jedoch nicht so weit gehen, daß die Rechte vieler wegen eines einzelnen beschnitten werden.

"Die Freiheit des einen endet dort, wo sie die Freiheit des anderen beschneidet". Der Redner betont, daß sich bei vernünftiger Zusammenarbeit alle Probleme lösen lassen, auch die um das Bauland, Hauptsache, man könne der Spekulation Einhalt gebieten.

Erfreulich sind die 58 Millionen Schilling, die im Budget des kommenden Jahres für Sportanlagen und Bäder vorgesehen sind. Er bedauert nur, daß Wien nicht Olympia-Stadt werden konnte. Seinerzeit habe die ÖVP durch Vizebürgermeister Dr. Drimmel Worte anklingen lassen, daß eine Olympiareife ja erst zum Zeitpunkt der Olympiade bewertet werden könne. Eine entsprechende Tat in dem Augenblick, da Wien unter den Bewerbern war, habe sie jedoch nicht gesetzt.

"Wir sind für ehrliche Zusammenarbeit, aber auf Gegenseitigkeit!"

Für die Fernwärme stellt der Redner fest, daß es zur Zeit 23 mit ihr im Zusammenhang stehende Baustellen in der Stadt gebe. Die Fernwärme werde ebenso eine Revolution für die Gesundheit in dieser Stadt bringen, wie es seinerzeit etwa die Umstellung vom Kohlenherd auf den Gasherd war.

24,5 Millionen Schilling für Kanäle - das beweise, welche große Aufgaben auf diesem Gebiet der Stadtverwaltung harren. Auch hier müsse der Ruf nach einer Beteiligung durch den Bund ertönen. Leider sei zum Beispiel in der Frage der großen Kläranlage im Gegensatz von Vizebürgermeister Dr. Drimmels Ankündigung nur von einem Scheitern der Verhandlungen zu berichten, weil der Bund eine unzureichende Beteiligung angeboten habe.

"Unser U-Bahn-Bau ist nicht erst- und einmalig, sondern der weitere Ausbau unserer öffentlichen Verkehrsmittel!" Dieses Riesenprojekt könne allerdings nur mit Hilfe aller durchgeführt werden und alle Wiener müßten sich mit ihm identifizieren. Schließlich gebe der Bau selbst ja auch der Wirtschaft Impulse. - Daß 385 Millionen für den Straßen- und Brückenbau ausgeworfen seien, zeige aber auch, wieviel man für den Individualverkehr übrig habe. Wir verschweigen nicht, daß die vierte Donaubrücke vom Bund finanziert wird, aber auf der anderen Seite wird sehr wohl verschwiegen, daß etwa der Schnellbahnbau im Stadtgebiet aus Wiener Mitteln vorfinanziert wird.

Zum Hochwasserschutz: Der Bund will die linke Hochkante nur verstärken, der Vorschlag der Gemeinde jedoch sieht ein fast vier Millionen Quadratmeter umfassendes Erholungszentrum vor.

Der Redner vergleicht das Budget des Bundes und jenes der Stadt Wien im Hinblick auf Investitionen. Er stellt fest, daß Wien 1966 24,3 Prozent für diesen Zweck aufgewendet hatte, der Bund jedoch nur 19,8 Prozent. 1968 beliefen sich diese Zahlen auf 28,7 Prozent für Wien gegenüber 19 Prozent beim Bund, 1969 werden sie 29,5 Prozent gegenüber 17,4 Prozent betragen.

Mit dem Budget für 1969 hat Wien das Wahlprogramm von 1964 erfüllt. Die sozialistische Fraktion werde den Ansätzen ihre Zustimmung geben.

Schlußwort

Vizebürgermeister Slavik nahm in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Debattenredner Stellung.

Richtig sei, daß in Wien der Beschäftigungsstand gefallen ist. Das hänge mit der Bevölkerungsentwicklung zusammen: gegenwärtig wirken sich die geburtenschwachen Jahrgänge aus.

Den Vorschlag, neu anzusiedelnden Betrieben Gratisgrundstücke und Steuererleichterungen zu gewähren, bezeichnete Slavik als nicht günstig. Eine Firma, die Derartiges brauche, werde sich kaum wirtschaftlich gesund entwickeln.

Im Hinblick auf den Wohnungsbau stellte Slavik fest, daß 1969 um 1.400 Wohnungen mehr gebaut oder gefördert werden als 1968.

Hinsichtlich der U-Bahn-Finanzierung versprach Slavik die Vorlage entsprechender Vorschläge. Er habe sich jedoch erst klar werden müssen, welche Belastungen für Wien verbleiben, nachdem mit dem Bund die erforderlichen Vereinbarungen getroffen worden sind. Der Vorwurf, die U-Bahn komme zu spät, sei nicht neu. Er glaube jedoch, der Zeitpunkt sei durchaus richtig gewählt.

Auch der Bau der vierten Donaubrücke erfolge zum richtigen Zeitpunkt.

Zu den Debattenbeiträgen über die mittelfristige Finanzplanung sagte Slavik, eine Fünf-Jahres-Planung existiere in Wien bereits seit der 1. Republik. Für die eben auslaufende Funktionsperiode des Gemeinderates sei bezeichnend, daß jetzt schon Aufgaben in Angriff genommen werden, die in diesem Konzept gar nicht enthalten waren. Dies allein beweise schon, daß die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel im voraus richtig und vorsichtig eingeschätzt worden seien. "Am meisten aber freut es mich, jetzt diejenigen am lautesten nach Planung rufen zu hören, die bis vor kurzem die entschiedensten Gegner jeglichen Planens waren."

Eingehend schilderte der Vizebürgermeister die U-Bahn-Verhandlungen mit dem Bund: Natürlich seien von der Stadt Wien genaue Unterlagen übergeben worden, doch habe man sie anfangs nicht zur Kenntnis genommen. "In diesem Zusammenhang habe ich Anlaß zu der Feststellung, daß unsere Techniker und Juristen mit der Erstellung der U-Bahn-Unterlagen eine ausgezeichnete und reife Arbeit geleistet haben", meinte Slavik. Die Zusage eines fixen Betrages seitens des Bundes berge unleugbar gewisse Risiken: Preissteigerungen, möglicherweise nötige Umplanungen oder unvorhergesehene Ereignisse seien darin nicht berücksichtigt. Der große Vorteil liege jedoch darin, daß die Stadt Wien freie Hand habe und nicht im Bautempo gehemmt werden könne. Zu dem Arrangement äußerte sich Slavik abschließend: "Ich persönlich halte die Vereinbarung für in Ordnung, und ich halte sie auch für fair."

Zu den in der Debatte mehrfach gezogenen Vergleichen mit der bayrischen Landeshauptstadt München stellte der Finanzreferent fest, daß ein Vergleich der beiden Städte nicht so ohne weiters möglich sei. Wien habe es ja viel schwerer als eine Stadt in der Mitte Europas, wo die Grenzen nach allen Seiten offen seien. Slavik bat den Gemeinderat, doch zu bedenken, daß die Ausstrahlungskraft Wiens dort endet, wo die kommunistische Diktatur beginnt, also gar nicht weit von hier.

Zur Kritik der FPÖ am Ausbau des Presse- und Informationsdienstes stellte der Redner fest, daß die Informationsverpflichtung der Stadtverwaltung gegenüber der Bevölkerung Wiens einen solchen Ausbau gebieterisch verlange. Die Wiener müssen wissen, was sich in ihrer Stadt tut.

Weder die Mittel der Sportförderung noch die der Wohnbauförderung seien parteipolitisch ausgerichteten Vereinen oder Körperschaften zugesprochen worden. Was die bekritteltete Aufteilung des Wohnhauswiederaufbaufonds anlage, erscheine es doch ratsam, die letzte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes abzuwarten.

Der Vergleich zwischen dem Münchner Oberbürgermeister, der den Vorsitz des Finanzausschusses führe, und dem Bürgermeister von Wien, der derartigen Besprechungen nicht vorstehe, ergebe sich aus der Verschiedenheit der kommunalen Einrichtungen.

Ebenso wenig könne man doch den Finanz- und Budgetausschuß des Parlamentes, der zu einer einmaligen Beratung zusammentrete, mit dem Finanzausschuß der Gemeinde Wien vergleichen, dessen Vorschläge nicht bloß einmal beraten, sondern in der Folge dem Stadtsenat, dann dem Wiener Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt und endlich in Kollegialverantwortlichkeit beschlossen werden. Daß es sich beim Finanzausgleich immer nur um Kompromißlösungen handeln könne, müsse von jedermann verstanden werden, da es doch um die verschiedenartigen Interessen von Bund, Ländern und mehr als 4.000 Gemeinden ~~gehe~~. Schließlich aber sei es die Verbindungsstelle der Bundesländer und das Finanzministerium, das die Grundlagenberechnungen für den Finanzausgleich liefere.

Niemand solle meinen, daß es zwischen Gemeinde Wien und dem Bund immer nur Krieg gebe und dieser sozusagen als Vergnügen der einen oder anderen Seite betrachtet würde. Aber wenn schon von Differenzen zwischen der Stadtverwaltung und dem Bund die Rede sei, dann möge man sich doch an die Entstehungsgeschichte der Schnellbahn erinnern, die nach jüngsten Flugblattmeldungen angeblich alleinige Leistung des Bundes sei. Wer es vergessen hat, dem sei in Erinnerung gerufen, daß nach endlosen Verhandlungen von den 670 Millionen Schilling Gesamtbaukosten die Gemeinde Wien 420 Millionen Schilling, die Zentralsparkasse über Ersuchen der Stadt weitere 100 Millionen dem Bund vorgestreckt haben und der Zinsendienst in der Höhe von zunächst 3,5, später von 3,25 Prozent von der Stadt allein getragen wurde. Sieben Tilgungsraten konzidierte man dem Bund für ein Vorhaben, das eigentlich zur Gänze von diesem finanziert hätte werden sollen. Erst im heurigen Jahr kamen die letzten 70 Millionen Schilling an die Stadt Wien zurück.

Hochwasserschutz: Es traf gestern ein Brief des Bundes ein, in dem sieben Bedingungen enthalten sind, die als Basis für die Errechnung der Gesamtkosten herangezogen werden. Es wurde weder eine Zusage für eine bestimmte Bauzeit abgegeben, noch wurde erwähnt, wann die Raten zurückgezahlt werden sollen. Eine Anerkennung des Grundeigentumsrechtes an der von der Stadt Wien zu schaffenden Donauinsel wurde als unmöglich bezeichnet.

Der Kostenaufwand wurde mit 650 Millionen limitiert und ähnliches. Man kann also wahrlich nicht sagen, daß bereits eine Einigung erzielt wurde.

Das einzige, das geregelt wurde, ist, daß der Bund 50 Prozent der Kosten übernimmt. Ähnlich liegt die Situation bei der Gürtelautobahn. Man soll der Bevölkerung nicht einreden, daß die Gürtelautobahn vom Bund gebaut wird, wenn im Verkehrsplan des Ministers überhaupt keine Unterlagen hierfür vorhanden sind. Der Donau-Oder-Kanal wird in Preßburg einmünden, eine Anbindung für Wien ist nicht vorgesehen und der Rhein-Main-Donau-Kanal führt nur bis Linz. Gestern wurden Verhandlungen wegen der Kläranlage und der Wasserleitung geführt. Jedes dieser Probleme schwebt seit Jahren zwischen Bund und Stadt Wien. Wer könnte bei der Altmannsdorfer Straße auf die Idee kommen, eine Schaukelbahn zu machen? Man soll die Dinge so darstellen, wie sie wirklich sind.

Von der Absendung des Briefes mit der Antwort des Bundeskanzlers habe die ÖVP sehr wohl gewußt (Stadträtin Schaumayer: Aber im Stadtsenat wurde nie etwas mitgeteilt).

Finanzausgleich: Er ist nicht nur eine Teilung des Geldes, sondern auch eine Teilung der Aufgaben. Wenn die Aufgaben verändert werden, muß auch das Geld verändert werden. Es wurde vom Rechnungshof kritisiert, daß die Gemeinde Bundeseinrichtungen subventioniert hat. Es sei daher völlig falsch am Platz, wenn Studenten vor dem Rathaus demonstrieren, denn in der Frage der Hochschulen sei allein der Bund zuständig. Wir sind verpflichtet, die Gesetzesbestimmungen einzuhalten.

Abschließend vertritt Vizebürgermeister Slavik die Ansicht, daß die Wiener Stadtverwaltung außerordentlich viel geleistet hat, nicht nur für Wien, sondern durch ihr Steueraufkommen auch für ganz Österreich. Die Wiener Bevölkerung hat in den gemeinsamen Topf des Finanzausgleiches zwei Milliarden Schilling eingezahlt. Es sei daher nur verständlich, daß sie aus diesem Topf für ihre dringenden Vorhaben auch finanzielle Unterstützung verlangt. Wir freuen uns über die internationale Bedeutung Wiens, wir wollen aber auch alles unternehmen, damit die Wiener auf ihre Vaterstadt stolz sein können und gerne in ihr wohnen und arbeiten.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des zweiten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag, die von den Gemeindemitgliedern eingebrachten Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende GR. Planek, unterbricht die Sitzung um 18.35 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, den 13. Dezember, um 9 Uhr mit der Verwaltungsgruppe I (Personal) fortgesetzt. Berichterstatte ist Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Erhöhte Pflegegelder erst im März - aber rückwirkend!  
=====

12. Dezember (RK) Wie der "Rathaus-Korrespondenz" von Stadträtin Maria Jacobi mitgeteilt wurde, kommen die erhöhten Pflegegeldsätze nicht schon ab Neujahr zur Auszahlung. Für die von ihr im heutigen Wiener Landtag eingebrachte erste Pflegegesetznovelle besteht nämlich eine sechswöchige Einspruchsfrist der Bundesregierung, so daß frühestens mit Anfang Februar die Novelle kundgemacht werden kann. Damit können auch erst im März die ersten Pflegegelder nach den neuen Sätzen angewiesen werden - allerdings rückwirkend mit 1. Jänner 1969..

- - -